

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 1,20 Mark, monatlich 0,30 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

# Briefetal-Bote

Angelagen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofs-Allee 6 und von allen Angelegenheiten angenommen. Die Inhaberschriftliche Postkarte kostet 10 Pfennig, die Rückkarte 20 Pfennig.

## Amtsbezirks-Arztzeiger und Zeitung für Birkenwerder,

Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Brieße, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigenpreis für die neungefaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamazeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 42. Postfach-Konto: Berlin 62 448 Dienstag, den 8. April 1924 Postfach-Konto Berlin 62448. 23. Jahrg.

### Der Gemeindevorsteher Schönfließ.

Einreichung der Wahlvorschlüge. Gemäß § 35 ff. der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen vom 13. Februar 1924 — Ministerialblatt S. 154 ff. — hat die Einreichung der Wahlvorschlüge für die am 4. Mai 1924 stattfindenden Gemeinderatswahlen spätestens bis zum 17. April 1924 bei dem Unterzeichner schriftlich zu erfolgen. Die Wahlvorschlüge können auch früher eingereicht werden.

- Inhalt der Wahlvorschlüge.**
- In den Wahlvorschlügen sollen die Bewerber mit Zunamen angegeben und ihr Stand oder Beruf, sowie ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.
  - Die Wahlvorschlüge müssen von mindestens 10 in der Gemeinde zur Ausübung des Wahlrechts berechtigten Personen unterzeichnet sein. Die Unterzeichner der Wahlvorschlüge sollen ihren Unterschriften die Angaben ihres Berufes, Standes und ihrer Wohnung beifügen.
  - Mit den Wahlvorschlügen sind einzureichen:
    - die schriftliche Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorstand zustimmen,
    - die Festzeichnung des Gemeindevorstandes, daß die Bewerber am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet haben, Reichsangehörige sind, in der Gemeinde seit 6 Monaten wohnhaft und nicht gemäß § 2 Absatz 2 des Gemeindevahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind,
    - die Festzeichnung des Gemeindevorstandes, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages in die Bürgerliste eingetragen oder mit einem Wahlscheine versehen sind.
  - Die Wahlvorschlüge können eine beliebige Zahl von Bewerbern enthalten.
  - Jeder Wahlvorstand soll durch den Namen einer Partei oder durch ein sonstiges Kennwort bezeichnet werden, das ihn von allen anderen Wahlvorständen deutlich unterscheidet. Fretführende Kennwörter sind unzulässig.
 

In jedem Wahlvorstande muß ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter bezeichnet werden, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Vorsitzenden des Wahlausschusses bevollmächtigt sind. Freit diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter. Erklärt nicht, als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlages schriftlich, daß der Vertrauensmann oder der Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmannes, sobald die Erklärung dem Vorsitzenden des Wahlausschusses zugeht.
  - Gemäß § 5 Satz 4 des Gemeindevahlgesetzes findet eine Verbindung von Wahlvorschlügen nicht statt.

Schönfließ, den 5. April 1924.  
Der Gemeindevorsteher zugleich als Vorsitzender des Wahlausschusses.  
Lemcke.

### Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Hundsteuerzahlung. Die Hundsteuer für April/September 1924 ist bis zum 15. d. Mts. an die Gemeindekasse zu entrichten. Sie beträgt jährlich:

für die Gemeinde	für den Kreis
für den ersten Hund	5,—
für den zweiten Hund	10,—
für jeden weiteren Hund	20,—
für den Wachhund	1,—
Zwingersteuer	20,—

Hausbesitzbesitznahme. Die Aufnahme sämtlicher im Gemeindebezirk Bergfelde gehaltenen Hunde zum Zwecke der Besteuerung für April/September 1924 findet in diesen Tagen statt.

Es werden den Hauseigentümern oder ihren Verwaltern Hauslisten zugeföhrt, in welche die Zahl der von ihnen selbst gehaltenen Hunde eingetragen haben. Außerdem sind die Hauslisten den Mietern zu gleichen Entwürfen für sich und ihre Untermieter vorzulegen.

Wegweisungen der Mieter zur Ausfüllung der Listen haben die Eigentümer oder deren Vertreter anzugehen. Die Listen sind von den Hauseigentümern oder deren Vertretern mit der Bezeichnung der richtigen Ausfüllung zu versehen und umgehend im Gemeindevorstand abzugeben.

Zwischenhandlungen und Entsetzung unwahrer Angaben werden nach den Vorschriften der Hundsteuerverordnung bestraft. Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß eine Steuerbegünstigung für Wachhunde nur auf besonderen Antrag und nur für 1 Hund für jede Haushaltung eintritt.

Bergfelde, den 7. April 1924.  
Der Gemeindevorsteher. J. V. Wagner.

### Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt: Betreffend des letzten Wetztes. In der letzten Zeit ist vielfach Klage geführt worden, daß Personen über Wetztes gehen, deren Befestigung bereits in Angriff genommen ist.

Ich mache darauf aufmerksam, daß dies auf Grund des § 10 des Feld- und Forstpolizeigesetzes strafbar ist. In Zukunft werde ich jede Verletzung unmissverständlich bestrafen.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt: Feuerwehrtätigkeit. Der gemäß Ortsstatut vom 1.11.23 von allen männlichen Einwohnern im Alter von 18-60 Jahren zu zahlende Feuerwehrtätigkeit ist am monatlich 50 Pfennig festgelegt. Die Beiträge für die Monate Januar-April sind bis zum 15. d. an die Gemeindekasse zu entrichten. Betreffend die aktive Feuerwehrtätigkeit und aktive Sanitätsmannschaften, ferner Gewerbesteuer für die Dauer der Wehrtätigkeit und die Befreiung von Unterhaltungen.

### Kurze Nachrichten.

Die württembergische Regierung ist zurückgetreten. Der Landtag wird sich Dienstag mit der Wahl des Staatspräsidenten beschäftigen.

Nach einer Meldung aus Elberfeld sind französische Truppen im Norden der Stadt auf Elberfelder Gebiet vorgezogen. Sie haben eine Reihe von auf Elberfelder Gebiet gelegenen Häusern in das besetzte Gebiet einbezogen.

Die Stellung des ersten Staatsanwalts Stenglein, der im Hitler-Prozess die Anklage vertrat, gilt als erschüttert. Den Beurteilten, die Staatsbeamte waren, sollen die Behörden gespart werden.

Die Filmfirma Fern Andra und der deutsche Bergmeister Kurt Brenzel haben sich in Sande bei Hamburg, dem Heimatort Brenzels, trauen lassen.

In der Provinz Hannover findet am 18. Mai eine Volksabstimmung statt, durch die festgelegt werden soll, ob das in der Verfassung vorgeschriebene Drittel der wahlberechtigten Einwohner eine Volksabstimmung über die Frage verlangt, ob Hannover aus Preußen auscheiden soll, um ein selbständiges Land zu bilden.

Vor einiger Zeit wurde in Oppendorf im Kreise Bunzlau der Lebrer Faustmann erschossen aufgefunden. Als Mörder wurde jetzt durch die Staatsanwaltschaft ein gewisser Eschleimer ermittelt, dem damit der fünfzehnte Nord nachgewiesen worden ist.

Die polnischen Militärbehörden beschäftigen bei Heilig, in der Nähe der neuen oberösterreichischen Grenze, einen großen Infanterie-Übungsplatz anzulegen. Zu diesem Zweck sollen 48 deutsche Kleinrentbesitzer enteignet werden.

Die französischen Besatzungsbehörden haben im besetzten Gebiet 240 Hausdurchsuchungen, vorgenommen und 61 Personen aus bisher unbekanntem Grund verhaftet.

Schwere Erdbebenstöße, die in ganz Derbyshire (England) wahrgenommen wurden, haben in South Normanton großen Schaden angerichtet. Fenster scheiterten zerbrachen, Schornsteine stürzten ein und durchschlugen die Dächer. Die ganze Bergwerksstadt liegt nach dem Erdbeben aus, als wenn sie beschossen worden wäre. Die Bewohner stürzten während des Bebens auf die Straßen, da sie eine furchtbare Grundexplosion vermuteten. Verluste an Menschenleben sind bisher nicht zu beklagen.

Die amerikanischen Zollbehörden haben an Bord des deutschen Dampfers „Albert Ballin“ eine Brauerei entdeckt. Die Schiffsbehörde erklärte, daß sie, wenn das Schiff sich außerhalb der Zollmeilenzone befindet, täglich 1000 Liter Bier braue.

### Der „Neine“ Mann in Paris.

Wenn einem Kriegsminister, also dem Vertreter der militärischen Kraft eines Landes, vor verammeltem Parlament vorgelesen wird, er sei ein Feigling und bedene sich „kümmerlich“, so ist das schon ziemlich stark. Aber es geschah dem französischen Kriegsminister Maginot in der letzten Kammer Sitzung, die überhaupt für anregungsbedürftige Herren vielerlei Auffrischungen brachte. Und obwohl Maginot die Hebe seiner Gegner — mit Hilfe der Kammermehrheit — zu parieren versuchte, bot er, gerade dadurch, daß er dazu eben die Hilfe der Kammer benötigte, ein Bild nicht gerade sehr stolzer Stärke. Seine Position war auch wirklich nicht eine gerade sehr angenehme. Der Kampf mit den Kommunisten war dadurch entstanden, daß man wieder einmal eine kleine Falschung zu politischen Zwecken veranlassen hatte; aber die Kommunisten, gegen deren antimilitaristische Agitation unter den Besatzungsstruppen im Ruhrgebiet man mit Hilfe dieses „Vorberaum“ vorgehen wollte, hatten die Fälschung aufgedeckt, was ihnen von dem Herrn Kriegsminister den Zurschuldof der „Böses“ eintrug. Es ist gerade so wie beim Dreyfus-Prozess: ein gefälschtes „Verweisdokument“ des „Vorberaum“ und der Wortwurf, daß der Angeklagte „im deutschen Interesse“ handle. Das genügt, daß jeder Franzose verurteilt wird, straflos beschimpft werden kann.

Aber in der Kammerdebatte tauchte auch noch eine andere „Erinnerung“ auf, eine Erinnerung, die gerade für Poincaré nicht gerade angenehm war. „Sie sind ein kleiner Mann“ hat dem damaligen jungen Abgeordneten Poincaré der Verfasser des „Jacouse“ ins Gesicht geworfen, als bei dieser Unterredung mit Zola Poincaré eine entscheidende Stellungnahme für oder gegen Dreyfus vernied. Und daran, an dieses „Sie sind ein kleiner Mann“, hat ein rechtsradikaler Redner in der Kammer Sitzung erinnert. Poincaré hatte sich auch ein wenig oft „versprochen“, hatte auf die Frage, mit welcher Mehrheit er denn nun regieren wolle, bald so, bald anders geantwortet und wurde nun wegen seiner „Militärpolitik“ gestraft. Da erklärte er, durch den unglücklichen Verlauf der Sitzung gereizt, sehr deutlich, aber sehr unvorsichtig, daß er das Ruhrgebiet erst nach Maßgabe der Zahlungen zu übernehmen werde. Erst müsse Frankreich reell bezahlt sein, ehe an eine Aufgabe der Wänder“ gedacht werden dürfe. Und zwar werde er es ablehnen, diese Wänderpolitik zu ändern, auch wenn „man“ Frankreich nachlege, die Wänder anders auszubuten. Das war nun wirklich ein bißchen allzu schroff und gegen den ganzen Gedanken gerichtet, der dem Bericht, ja der Arbeit der Sachverständigen aus der Hilfe zugrunde liegt. Was sich seine Wort etwas beruhigt hatte, muß er dann diese Unvorsichtigkeit — für die ihm dankbar sind — wohl doch bereut haben; denn er gab nun eine zweite Erklärung ab, die ebenso langsam — und

zwecklos war, aber doch die Form des französischen „Verfahrens“ im Ruhrgebiet nicht geradezu ablehnte.

„Der kleine Mann“ — Zola hat doch recht. Maschinelle Gewalt, die militärische Übermacht der Verbündeten, schufen die Grundlagen zu der Nacht über Deutschland, die Poincaré jetzt aber ausnutzt ohne Rücksicht auf höhere Ziele. Es ist die kleinliche Nachsicht des französischen Viehbürgers gegen die „Böses“. Es ist nicht einmal in dieser Brutalität ein gewisser großartiger Zug darin — und das empfindet man wohl auch schon in Frankreich. Das ist hart für diesen Mann, der die französische Fahne an der Ruhr aufpflanzte. Hart ist, daß er gar nicht mehr als der große Raymond, sondern als der „kleine“ Mann bezeichnet wird. Und das sogar von den früheren Freunden im nationalen Block.

Es geht abwärts mit Poincaré. Trotz allem.

### Bölkcher Sieg in München.

München, 6. April. Die Wahlbeteiligung war in den Münchener Bezirken bei den Männern eine ziemlich starke, man schätzt sie auf 80 bis 90 Proz., von den Frauen haben in einzelnen Bezirken nur wenig mehr als die Hälfte gewählt.

Im Volksrecht haben drei Viertel der Münchener Bezirke 15 Proz. mit ja und 85 Proz. mit nein gestimmt, so daß, wenn die Resultate aus der Provinz nicht wesentlich ändern, die Bayerische Volkspartei mit ihrer Forderung des Staatspräsidenten und des Zweifelhaftheits auf Grund einer neuen Verfassung glatt durchgefallen ist. Im Lande ist nach der bisherigen Verfassung das Ergebnis doch vielleicht ein anderes als in München.

In den Bergarbeiterräten Oberbayerns haben die Sozialdemokraten, in Nürnberg die Kommunisten, in den Bauergemeinden sowohl wie in Dillingen die Bayerische Volkspartei die meisten Stimmen erhalten.

Aus 119 Münchener Bezirken liegen folgende Resultate vor: Deutschpolitische 16.686, Bayerische Volkspartei 18.929, BVP 16.718, Kommunisten 16.686, Deutscher Block 2.719, Deutsche Volkspartei 1.842, Vereinigte Nationalen Rechte 4.652.

Nach den bisherigen Ergebnissen haben die Deutschpolitischen und die Kommunisten einen sehr starken Erfolg zu verzeichnen. Die Bayerische Volkspartei und die Demokraten (seit Deutscher Block) scheinen am stärksten erschüttert, und die Deutschnationalen ganz an die Wand gedrückt worden zu sein.

Volksrecht 40.000 mit Ja, 161.500 mit Nein.

### Stresemann über die politische Lage.

Paris, 6. April. Außenminister Dr. Stresemann äußerte heute in einer Rede über die politische Lage: Es ist vor aller Welt klar, daß das Deutsche Reich nicht in der Lage ist, eine Finanzierung für die Fortführung der Reparationsverträge zu übernehmen. Das gleiche gilt auch für die deutschen Industrien. Große englische Banken haben jeden Kredit an deutsche Unternehmungen abgelehnt, solange die Reparationsverträge bestehen. Eine Reparationslösung ist nur möglich, wenn an der Abkehr Friede und Arbeit beruhen. Zu den Verhandlungen des französischen Ministerpräsidenten in der französischen Kammer ist zu bemerken: Die Achtung und Berücksichtigung des Selbstern Ludendorff nach der Kritik einer auswärtsigen Macht einem deutschen Minister nicht vorzuziehen können!

### Verhärterung des Eisenbahnerkreises.

Die Lage bei der Reichsbahn hat, entgegen dem amtlichen Erwartungen, im Verlauf der letzten 24 Stunden entschieden eine weitere Verhärterung erfahren. Der Streik breitet sich weiter aus und hat jetzt auch auf Nürnberg übergriffen, wo zwei Betriebsverhältnisse lahmgelegt worden sind. Ebenso ist der Güterverkehr an der Schweizer Grenze auf der Strecke Weibel-Sippoltsbühl nach Basel zum großen Teil durch den Ausstand der Güterbahnarbeiter unterbrochen worden. In Hamburg sind wiederum weitere Betriebsverhältnisse außer Tätigkeit gesetzt und auch sonst verhärtet sich nach wie vor, daß das Kabinett jetzt seine Zustimmung zu dem neuen Tarifvertrag zwischen dem Reichsbahnarbeiterverband und den Postarbeitern verweigert hat. Die Postarbeiter treten nunmehr ebenfalls zusammen und wollen, wie aus gewerkschaftlichen Kreisen verlautet, sich dem Vorgehen der Eisenbahner anschließen.

### Keine Gefährdung der Rentenmark.

Berlin, 5. April. Gestern abend hat der Verwaltungsrat der Rentenbank eine Sitzung abgehalten, an der auch Vertreter der Reichsregierung teilgenommen haben. Es handelte sich besonders um die Sicherung der Rentenmark etwaigen Unterdrückungsversuchen gegenüber stark genug sei. Auf Anfrage erklärte der Vorsitzende des Reichsbankvorstandes, daß die Rentenmark durch den Ausstand der Eisenbahner und der Postarbeiter gefährdet ist. Die einzige Befürchtung, die man vielleicht hegen könnte, läge in der etwaigen Vergabe großer Kredite, doch auch in dieser Beziehung wird die weitestgehende Vorsorge getroffen. Die Rentenmark wird stabil bleiben!

### Die Volksbank kommt nach Berlin.

Dem „Matin“ zufolge ist im Zusammenhang mit der Überlegungsmöglichkeiten zwischen dem englischen und dem französischen Teil des Sachverständigenberichts das Projekt, das die Begründung der Volksbank vorliegt, vorberichtet worden. Der neue Plan besagt, daß der Sitz der Bank nach Berlin verlegt wird und daß sie mit einem Kapital von 400 Millionen Goldmark, das aus Aktien von je 100 Goldmark besteht, gegründet werden wird. Alle diese Schritte sollen der gleichen Behandlung unterliegen. 1 Million der Aktien würden der gleichen Behandlung unterliegen, die in Gold oder Devisen zahlbar seien, würden dem internationalen Markt zur Zeichnung ausgehen.

### Keine Völkerverhärterung bei der Reichsbahn.

Das Reichskabinett hat sich in längerer Beratung mit dem vorläufigen Verhandlungsergebnis der Lohnregelung bei der